

Stellung erschüttert sei. Man erzählt, daß der Staatssekretär in seinem „Reformfanatismus“ weit über die Grenzen, welche ihm gestattet gewesen seien, hinausgegangen wäre, sodaß in maßgebenden Kreisen an einen über kurz oder lang zu erfolgenden Rücktritt desselben gedacht würde.

„Hofprediger aller Deutschen“, mit diesem Titel beehrt der „Reichsbote“ den Hofprediger A. D. Stöcker aus Anlaß seiner jetzigen Wanderrede.

* 62 Selbstmorde von Kindern in Berlin haben seit Anfang vorigen Jahres stattgefunden, unter diesen befanden sich 46 Knaben und 16 Mädchen. 24 derselben hatten das 15. Lebensjahr erreicht, 14 das 14., 9 das 13., 7 waren erst 12 Jahre und eins noch nicht sieben (!) Jahre alt. Die Zahlen sprechen deutlicher als Worte es sagen können, zum Capitel unserer gottentfremdeten Erziehung.

* Unterstützungsbefürchtete Millionäre. Unter dieser Rubrik übt die Zeitung „Das Volk“ eine nicht üble Kritik an der Rede, durch welche der nationalliberale Abg. Gneist (von Schierstädt) zu beweisen suchte, daß ein Steuerfuß von 4 Prozent für die Einkommen von mehr als 100,000 M. zu hoch gegriffen sei. Der „Mann, der alles unterzeichnet“, sagt das Blatt u. A., „ist zugleich ein Mann, der alles beweisen kann.“ Und so bewies denn Herr von Gneist mit der ihm eigenen, unwiderstehlichen Logik, daß es im allgemeinen Interesse liege, übrigens auch eine Forderung des (christlichen) Rechtes sei, die Millionäre in Preußen nicht höher als mit 3 Prozent ihres unzulänglichen Einkommens zu besteuern. Er sagte wirklich, nach den Zeitungsberichten, am 17. Februar im Abgeordnetenhaus: „Der Millionär ist überhaupt nicht der glückliche Mann, wie ihn die Volksauffassung sich denkt. Mit den sechs Nullen hört in der Regel die Freude am Besitz auf, und es folgen die Tage der Sorge.“ Empfindet du nicht ordentlich ein Mitleid mit diesen bedauernswürdigen Millionären, du glückseliger Leser, der du mit weniger als 6 Nullen hinter der Eins geplagt bist?

* Braunschweig, 26. Febr. Der frühere nationalliberale Abgeordnete Kulemann veröffentlicht, wie die „Edin. Ztg.“ mitteilt, eine Erklärung, in welcher er die volle Verantwortung für die von Herrn Müllensiefen den Bergleuten gegebene Erklärung, wozu er gerathen habe, übernimmt. Er hatte diese Forderungen der Bergarbeiter für berechtigt und bedauere den Widerstand der Grubenbesitzer, welcher sämtliche Bergleute in die Arme der Socialdemokratie treiben werde. Daß dieser Schritt zur Trennung der Grubenbesitzer von der nationalliberalen Partei führen würde, dessen sei er sich bewußt gewesen, als er seiner Zeit im Wahlkreise Bochum für die Wahl Müllensiefens eintrat. Er hält eine solche Trennung, die er als eine Thatfache zu behandeln scheint, für erfreulich, da sie, wie er meint, eine Klärung der Lage und eine Stärkung der Partei herbeiführen werde. Herr Kulemann hat also den Muth, seine Ueberzeugung offen und konsequent zu vertreten, was man nicht von allen in die Bochumer Wahlgeschichte verwickelten Leuten sagen kann, insbesondere nicht von Herrn Müllensiefen selbst, der, wenn er irgend könnte, die Versprechungen aufheben würde, welche er vor seiner Wahl den Bergleuten gegeben hatte.

* Bamberg, 23. Febr. Eine im Saale des katholischen Casino unter Vorsitz des Grafen Froberg-Montjoie tagende Vertrauensmänner-Versammlung der Centrumpartei hat sich als „Centrumsverein des Wahlbezirks Bamberg“ constituirt. Eine Hauptaufgabe des Vereins ist die Agitation gegen die socialistische Propaganda auf dem Lande. Der constituirende Versammlung wohnten zahlreiche Vertreter des Landclerus an.

Österreich.

* Linz, 28. Febr. In sieben oberösterreichischen Landgemeinden haben die Reichstagswahlen sieben katholisch-conservative Abgeordnete ergeben. Bravo!

Belgien.

* Brüssel, 1. März. Vom 28. bis 30. April d. J. tagt in Brüssel der zweite internationale Antislaverei-Congress. Africa-Erforscher, Vertreter der belgischen, deutschen, französischen, italienischen Antislaverei-Gesellschaften nehmen an ihm Theil. Der Congress soll darüber berathen, in welcher Weise die Mittel zu beschaffen sind, um die katholische Antislaverei-Bewegung zu fördern und militärische Expeditionen nach Africa auszuführen.

* Brüssel, 1. März. Der diesjährige social-demokratische internationale Congress wird am 3. Sonntag des Augusts eröffnet werden und eine Woche lang in Brüssel tagen. Auf der Tagesordnung stehen nach dem „Vorwärts“:

1. Der Stand der nationalen und internationalen Arbeitsgesetzgebung und die Mittel, sie auszuüben und wirksam zu gestalten.

2. Das Coalitionsrecht und seine Garantien; die Streiks und Boykotts; die gewerkschaftliche Bewegung vom internationalen Gesichtspunkte.

3. Die Stellung und die Aufgaben der Arbeiterklasse gegenüber dem Militarismus.

Die Berichte über die Lage der Arbeiter und des Socialismus in jedem Lande sollen auf Kosten der Parteien und Organisationen der betreffenden Länder in drei Sprachen (deutsch, französisch und englisch) gedruckt werden, zum Zwecke der Vertheilung an die Congress-Delegirten.

* Brüssel, 1. März. An Stelle Melos ist Bourlet zum Minister des Innern ernannt worden. Derselbe wird morgen vor dem Könige den Eid leisten.

Frankreich.

* Paris, 20. Febr. Comte, Senator des Departements Nord, beabsichtigt, die Regierung über den Zweck der Reise Freppels nach Rom zu inter-

pelliren. Fallières hat Comte mitgeteilt, daß er ihm nach der Interpellation Dide zur Verfügung stehe.

Italien.

* Rom, 26. Febr. Am Mittwoch begann in Rom der Proceß gegen die wegen Verschwörung gegen das Leben des Königs angeklagten Anarchisten Calzoni, Pedroni und Benacchi. In der Anklageschrift wird ausgeführt, der König habe im Januar 1889 ein Schreiben aus Perugia erhalten mit der Unterschrift „Nihilistischer Verein.“ In dem Schreiben wurde der König aufgefordert, vor dem 21. März abzutreten, widrigenfalls er durch Dynamit in die Luft gesprengt werden würde. Im darauf folgenden Juni trafen in Perugia 20 Dynamitpatronen unter der Adresse Calzoni ein, worauf die Polizei die oben Genannten verhaftete. Calzoni gesteht nur zu, Anarchist zu sein, leugnet aber ebenso wie die anderen Angeklagten alles Uebrige.

* Rom, 2. März. Heute Mittag um 12 Uhr fand zur Feier des Geburtsfestes Leo's XIII. die übliche feierliche Cour im Thronsaal des Vatican statt. Die Cardinale wurden in der Vaticana mobile empfangen. Cardinal Monaco sprach im Namen des h. Collegiums dessen Glückwünsche aus und wies dabei auf Gregor's des Großen Jubiläum hin. Papst Leo gleiche Gregor in vielen Punkten; die Feinde der Kirche waren damals ebenfalls zahlreich, wurden aber erfolgreich zurückgewiesen. Nach damals wurde eine Erleichterung der Sklaverei angestrebt, England und andere Länder wurden bekehrt. Der Papst antwortete in einer etwa 23 Minuten dauernden Ansprache, in welcher er für die Glückwünsche dankte. Die Feinde der Kirche seien heute keine Barbaren, dafür aber viel schlaumer und niederträchtiger. Für die Sklaverei sei während seinem Pontificat vieles geschehen. Die Encyclica des Jahres 1888 betreffend Brasilien und Afrika pries die Monarchen, welche den Missionaren Schutz gewährten. Wenn er sein Bischofsfest erlebe, werde er die Gaben der Großmuth der Gläubigen größtentheils der Abschaffung der Sklaverei zur Verfügung stellen. Der Papst lobte Englands Fortschritte im Glauben. Zum Schluß seiner Ansprache ertheilte der Papst den Anwesenden den apostolischen Segen, worauf die Eingeladenen dankten. Die Feier endete um 1 Uhr 10 Min. Der Papst sprach sehr lebhaft und machte einen rüstigen Eindruck. Morgen Krönungsfeier.

Portugal.

* Lissabon, 26. Febr. Bisher wurden 35 republikanische Klublokale gesperrt. Die letzte noch bestehende republikanische Zeitung, der „Seculo“, welcher die stärkste Auflage unter allen portugiesischen Blättern besitzt, soll gleichfalls unterdrückt werden. Man geht also jetzt der republikanischen Bewegung ernstlich zu Leibe. Die Regierung wird damit unfehlbar bessere Erfolge erzielen als durch Halbheit.

Spanien.

* Madrid, 28. Febr. In einer Versammlung der Deputirten der Majorität erklärte der Ministerpräsident Canovas, die Regierung werde in der Thronrede ihre Politik darlegen. Die conservative Partei sei keine Rückschrittpartei. Die Regierung werde politische Duldung üben, werde aber mit Energie den Gesetzen Achtung verschaffen. Canovas schloß mit warmen Lobeserhebungen über die Königin-Regentin, welche bemüht sei, Spanien den Frieden zu erhalten.

Rußland.

* Petersburg, 1. März. Das russische Regierungsjournal de St. Petersburg sagt, der verdächtige Pariser Zwischenfall habe einen leichten Schatten auf die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland geworfen, indeß sei zu hoffen, daß man sich auf beiden Seiten der Vögelchen bemühen werde, denselben zu beseitigen.

Amerika.

* New-York, 1. März. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist in Folge der übereinstimmenden Beschlüsse des Senats und des Repräsentantenhauses die Einwanderungsbill Gesetz geworden. Derselbe verbietet die Einwanderung von Personen, die zur Reise Unterstützung erhielten und von denen anzunehmen sei, daß sie öffentliche Mithätigkeit in Anspruch nehmen würden; ferner verbietet derselbe die Einwanderung von Polygamisten.

* Rio de Janeiro, 26. Febr. Die Verfassung ist Dienstag verhängt worden. Sie bekräftigt den bundesstaatlichen Charakter Brasiliens. Die Republik würde also in eine Anzahl selbstgeleiteter größerer Staatsverbände zerfallen. Die Wahl des Anführers der Empörung Franca zum Präsidenten des Staates Brasiliens haben wir gestern bereits gemeldet.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 28. Februar.

Der Reichstag setzte heute die Berathung über die Unteroffizier-Prämien fort. Abg. Windthorst begründet seinen Antrag mit dem Hinweis, daß eine geringere Summe biete als die Forderung der National-Liberalen und die der Regierung und äuferte, daß Sparansehen notwendig sei. Sein Antrag stiele sich als ein Vermittlungs-Antrag dar und die überwiegende Mehrheit des Centrums sei dafür. Aber es sei auch von großer Wichtigkeit für die deutsche Nation, wenn der Reichstag möglichst einmüthig diesen Antrag annehme, um auch nach außen, was vielleicht heute ganz besonders angezeigt sei, zu beweisen, daß die Deutschen einig seien in der Sorge

um die Armee und fest hinter dem Kaiser stehen. Er sei jederzeit bereit, dessen Würde gegen Jedermann zu vertreten. (Lebhafter Beifall.) Damit wolle er aber nicht sagen, daß die andersdenkenden Mitglieder des Hauses minder patriotisch seien. Die Rede des Reichstanzlers sei nicht gegen die Social-Demokraten gerichtet, soweit dieselben auf dem Boden der Reform stehen, auf welchen auch der Abg. Grillenberger sich gestern gestellt. Aber außer dem Reichstage seien auch andere Grundsätze vertreten; es machten sich anarchistische Strömungen geltend.

Windthorst fordert schließlich die zweijährige Dienstzeit und andere Reformen, welche die unentgeltliche Militärlast erleichtern könnten. (Beifall im Centrum.)

Abg. Graf Vehr (Reichspartei) zieht zwar den Antrag Hammacher vor, welchen er mitunterzeichnet habe, will aber schließlich auch den Antrag Windthorst annehmen.

Abg. Richter hält den Compromiß-Antrag Windthorst für den schlechtesten Ausweg, weil er übermäßig lange die Unteroffiziere in der Truppe festhalte und das Avancement des Hintermannes verschlechtere. Wer im Auslande den Patriotismus beweise, dem sei auch mit Prämien nicht zu helfen. Warum wollen die National-Liberalen sieben Achtel, das Centrum nur drei Viertel staatsverbalten sein? Man solle dann lieber volle Arbeit machen und die ganze Summe bewilligen. Redner bedauert, daß die Regierung ihr Ansehen schädige, indem sie die Social-Demokratie überfahre. (Beifall links.)

Der Reichstanzler erwidert, die Social-Demokratie sei nach wie vor die größte Gefahr im Staat; die Regierung arbeite alle Vorlagen unter diesem Gesichtspunkt aus und prüfe, wie dieselben auf die Social-Demokratie wirken würden. Abg. Richter möge es vertrauensvoll der Regierung überlassen, ihr Ansehen selbst zu wahren. Die Regierung verzichte in dieser Beziehung auf die Mitwirkung Richter's. (Lebhafter Beifall rechts.) Der Reichstanzler richtet eine vollständige Abfrage an die freisinnige Partei, welche sich jeder verneinenden Verbalten habe und mit welcher keine Regierung in engere Verbindung treten könne. Unheimlich sei ihm die Unbesonnenheit der Freisinnigen im „Kampf mit Bismarck“, welcher Kampf gar nicht existire. (Lebhafter Beifall rechts.) Er schließt, die Prämien sollen nicht eine Entschädigung für den Patriotismus schaffen, sondern nur dazu dienen, bessere Elemente ins Unteroffizier-Corps zu bringen. Die Regierung strebe die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse an, misse aber für den Nothfall auch eine starke Hand haben. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. v. Frege (cons.) erklärt sich für die Prämien, eventuell für den Antrag Windthorst und meint, die Rede des Reichstanzlers habe die politische Lage im Innern wesentlich geklärt.

Abg. v. Bennigsen hält Grillenberger die Ueberzeugung des bedeutendsten europäischen Socialisten Marx entgegen, welcher die Dictatur des Proletariats für ein nothwendiges Zwischenstadium zwischen dem heutigen und dem socialistischen Staat hält. Redner tritt den Kritiken Hinz's und Richter's entgegen und erklärt die Zustimmung der National-Liberalen zum Antrag Windthorst, da der Antrag Hammacher aussichtslos sei.

v. Bennigsen schließt mit dem Hinweis darauf, daß die Bedeutung des Unteroffizier-Corps, welche auch von Seiten der Opposition anerkannt werde, jetzt um so mehr erhöht werden müsse, als Frankreich neuerdings beweise, daß es auf die Wiedereroberung des Elsas nie verzichte. (Beifall.) Abg. Grillenberger erwidert, die deutsche Social-Demokratie habe das Marx'sche Programm verworfen. Abg. Windthorst hält Grillenberger beim Wort: „Also keine Gewalt, Herr Grillenberger!“ (Große Heiterkeit.) Abg. Richter entgegnet Capriovi, die Freisinnigen seien unabhängig genug, auf das officielle Zeugniß, daß sie zu den staatsverbalten Parteien gehören, zu verzichten. (Stürmischer Beifall links.) Hierauf wird die Debatte geschlossen.

Abg. Richter hält sich eine gründliche Abrechnung mit Capriovi auf später vor, bemerkt heute nur, ein gemeinsames Tafelgeld zwischen ihm und Capriovi habe bestanden. Er habe ihn von vorn herein als politischen Gegner betrachtet, aber gehofft, die Kampfweise werde besser werden, als sie unter Bismarck gewesen. Darin jede Illusion zerstört zu haben, sei das Verdienst der Capriovi'schen Rede, aber in Anbetracht der verschiedenwerthigen Persönlichkeiten sei die Methode desto unwirksamer. (Wiederholter Beifall links.)

Das Haus lehnte den Antrag Hammacher ab und nahm den Antrag Windthorst mit großer Mehrheit an. Fortsetzung Montag.

Berlin, 2. März. Der Reichstag setzte heute die 2. Berathung des Militair-Etats fort. Kriegsminister v. Kattenborn-Siachen glaubt, daß die Commission durch Bewilligung der Pferdegelde für Offiziere der Fußtruppen bis einschließlich der Bataillons-Commandeure dem dringenden Bedürfniß zwar abgeholfen habe, aber die Militair-Verwaltung hätte die Bewilligung für alle berittenen Offiziere gewünscht.

Die Abgg. Richter, v. Suene, Sperlich, Hammacher und Kardorff bekräftigten die Commissionsbeschlüsse. Abg. Frege ist für die Regierungsforderung, welche aber gegen vereinzelte Stimmen abgelehnt wird. Schließlich wird der Commissions-Beschluß angenommen.

Der Reichstag genehmigte unverändert die Vermehrung des Cabetten-Corps, welche die Freisinnigen streichen wollten. Abgg. Hinz und Richter bekräftigten den Antrag des Offiziercorps aus guten bürgerlichen Kreisen an Stelle der künftlichen Vermehrung des Andranges zu den Cabettenhäusern durch Vermehrung der Freistellen. Abg. v. Suene will auf den principiellen Streit nicht eingehen und hält das Miß-System durch den bisherigen Erfolg

für gerechtfertigt. Auf eine Anspielung Richter's erwidert General Vogel v. Falckenstein, er habe von den Cadetten als Ferien-Colonien nur gesprochen im Vergleich zu den ungelunden Fabrikalern, wogegen Abg. Richter an der Hand der stenographischen Aufzeichnungen nachweist, daß von einer Einschränkung des Vergleichs auf die Fabrikalere keine Rede gewesen sei. (Heiterkeit links.) Das Haus geht über zu den Unteroffizier-Vorlägen.

Der Reichstag genehmigte nach kurzer Debatte auch die Unteroffizier-Vorlägen in Zülich und Wohlau entgegen den Anträgen Richter's. Fortsetzung morgen.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus, 2. März.

Das Abgeordnetenhaus setzt die Berathungen fort bei den Secundairbahnen-Vorlagen. Abg. Schmiebing führt Klage über den Wagenmangel und kritisiert den Erlass des Handelsministers.

v. Liebenmann-Vomst meint, die National-Liberalen hätten Kagenjammer wegen der Verstaatlichung, und vertheidigt die Eisenbahn-Verwaltung. Die Privatbahnen hätten noch weniger den Anforderungen des Verkehrs genügt.

Der Handelsminister vertrat seinen Erlass nach Form und Inhalt. Der Eisenbahnminister kündigte ein Gesetz wegen der Verkehrsabgaben an und wies eingehend die Vorwürfe des Abgeordneten Schmiebing zurück.

Aus den parlamentarischen Commissionen.

Volkschule.

Die Volkschulcommission erledigte am Mittwoch Abend einige Vorbehalte zu den §§ 51 und 52 (Verpflichtung Dritter aus besonderen Rechtsverhältnissen), wobei es sich hauptsächlich um Leistungen des Fiskus in den Staatsforsten der Provinzen Ost- und Westpreußen handelte. Außerdem wurde § 194 (Leistungen des Staates zur Unterhaltung der Volkschulen) berathen. Es wurde beschloffen, den Staatszuschuß für die Stelle eines ordentlichen Lehrers auf 200 statt 150 Mark zu bemessen.

Wahlprüfung.

Die Wahlprüfungscommission des Reichstages schloß die Berathung der Wahl des Abgeordneten Poll für Bromberg 2. und Beweiserhebung vor. Der politische Gegenkandidat war nur um wenige hundert Stimmen in der Minorität geblieben.

Brantweinsteuer.

Die Brantweinsteuer-Commission nahm am Freitag Abend einen Antrag Münc mit einem Amendement des Abg. Grober an, wonach für Vergehen, bei denen eine betrübliche Ablicht ausgefallen ist, nur Ordnungsgeldestrafen von 1 bis 300 Mark verhängt werden sollen. Ein Antrag Barth, den in der Regierungsvorlage geforderten Zollfuß von 150 Mk. auf 125 Mk. herabzusetzen, wurde abgelehnt. Dagegen wurde folgende vom Abg. Dr. Wahl vorgeschlagene Fassung angenommen: „Von dem aus dem Zollauslande in Fässern eingehenden Brantwein werden vom 1. April 1891 ab an Zoll 125 Mk. für 100 Kilogramm; von dem in Flaschen, Krügen oder anderen Umhüllungen eingehenden Brantwein 180 Mk. für 100 Kilogramm erhoben.“ Damit ist die erste Lesung des Gesetzesentwurfs beendet.

Budget.

Die Budgetcommission des Reichstages strich am Sonnabend entsprechend der Ablehnung der geforderten ersten Raten für fünf Schiffe auch die ersten Raten für die artilleirische Ausrüstung dieser Schiffe. Von den Forderungen für Ausrüstung und Ausrüstung von Kriegsschiffen zum Gebrauch von Torpedos wurden 214,000 Mark abgesetzt. Abgelehnt wurden die Forderungen zur Beschaffung eines eisernen Verschlussapparats in Danzig und die Herstellung einer elektrischen Beleuchtungsanlage auf der Werft in Danzig.

Rheinland-Beifall.

Neuß, den 3. März.

□ Invaliditätsversicherung. Für Krankenkassen, welchen die Einziehung der Beiträge sowie die Einziehung der entsprechenden Raten an Stelle der Arbeitsgeber übertragen worden ist, soll nach Entscheidung der preussischen Ministerien eine Vergütung von 3 pCt. der eingezogenen Beiträge gewährt werden, jedoch, soweit es sich um Fabrik- oder Bauarbeiter handelt, nur von 1 Prozent. Die Vergütung für Ausstellung und Umtausch der Quittungskarten ist hierin noch nicht eingerechnet. Krankenkassen, welche freiwillig die Einziehung der Beiträge übernehmen, haben auf die Vergütung keinen Anspruch. Dasselbe gilt von Krankenkassen für Reichs- und Staatsbetriebe.

□ Rohheit. Mehrere glücklicherweise ermittelte junge Menschen von hier zogen in vorverfloßener Nacht (samt einem Hund) über die Niederstraße, und als sie dort von 2 Nachtwächtern zur Ruhe verwiesen wurden, griffen sie diese mit Knütteln etc. an und schlugen sie blutig. Einer der Theilnehmer wurde festgenommen. Die mitgehenden Wächter mußten ängstlich Hülfe in Anspruch nehmen.

□ Ein 14-jähriges Mädchen stahl vorgestern von einem Neubau an der Furtstraße ein mehrere Fuß langes Dachstuhlrohr, welches er zu verkaufen suchte. Hierbei wurde er von der Polizei ertappt und ihm der Diebstahl nachgewiesen.

□ Diebstahl. Dieser Tage wurde ein Ladenbesitzer auf der Niederstraße ein fast neuer Rod aus dem Ladenlocale gestohlen. Es wird vermutet, daß ein Dieb auf demselben Gefallen gefunden hat.

□ Eine Menge Trottoirs in den Straßen Neuß durch das harte Frostwetter entstandene Beschädigungen auf; einige Stellen sind gefährlich zu passieren. Nachdem jetzt das Wetter eingetreten ist, dürfte es an der Zeit sein, die Schäden auszubessern.

□ Ein falsches Tage bei einem hiesigen Polizei-Übungs-Offizier in einem bumpyen Klangen einen Zweimarkstückchen.

Der deutsche

nach dem deutschen rabialistische Vereinigten jedoch darin in Zustände d. h. in für die reiche Mitglieder sein einseitig, deren hier dieser hielt gestern in Prachtbau der Duisburger über 200 rheinische Erledigung der Verber

gehabtem Festessen Einzelkunst-Babern in statt, welches des Sch

vollen in so reich nach vielen Sundter Beisatzstücken nicht reicher Mitglieder nicht

sondern zum Vergnügen nicht zum Besitze der wagt, Auge, Herz und K

schwierige Evolutionen zu führen sind. Er. A

dem eifrigen Protect telegraphisch ein kräfti

Neuer Kabinett-Verfä

Bestandtheil seines i

besten Vorrichtungen, si

jectirte Kabinettverfä

Heigen, Gruppen, co

corp bestehen wird, i

nahmalis die großen

perthaler, Kabinett-

burger, Welter, C

etc. Verein mit Hand

pflichteten. Ein kräft

ter, dem zwar kleinen

* Düsseldorf, 27

der nordwestlichen G

und Stahl-Industrie

stellung in Chicago, w

lung nicht zu beschrä

* Breßel, 28. F

beginnt in der hiesig

Lehrkurs, welche

wird, und wozu Kind

hauptsächlich aus M

kommen. Die Kinder

g Richter's
n, er habe
een nur ge
den Fabrik
Hand der
st, daß von
die Fabrik
(links.) Das
Vorzeichen
ger Debatte
Zülich und
er's. Fort-

März.
beratungen
n. Abg.
agenmangel
fischer.
analfibera-
taatsficherung,
ung. Die
Anforde-

Erlaß nach
er kündigte
und wies
Schmie-

missionen.

am Mitt-
§ 51 und
den Rechts-
lich um
rsten der
ste. Als
aates zur
Es wurde
stelle einer
Markt zu

reichstages
geordneten
ung vor.
um wenige
leben.

nahm am
einem
nach für
nicht aus-
1 bis 300
ag Barth,
n Jollas
wurde
Abg. Dr.
"Von
angehen
an Joll
Flächen,
angehen
erhöhen."
gentwurfs

streich am
der gefor-
die ersten
die Schiffe.
und Armi-
Abgeleht
ung eines
die Her-
alage auf

März.
entlassen,
die Ein-
der Ar-
scheidung
3 p. L.
jedoch, so-
n handelt,
ausstellung
noch nicht
die Ein-
die Ber-
Franken-

ermittelte
nach Nacht
sie dort
wurden,
blagen sie
nehmen.
Hülfe in

voorgefem
mehrere
übertracht
im Baden-
Rod aus
hat, daß
Straßen
bedene Be-
zu Strich
zu Strich
an auszu-

Ein falsches Zweimarkstück wurde dieser Tage bei einem hiesigen Geschäft eingenommen und der Polizei übergeben. Es trägt die Jahreszahl 1879 und ist an buntem Glanz und leichtem Gewicht von den echten Zweimarkstücken zu unterscheiden.

Der deutsche Radfahrer-Bund, welcher nach dem deutschen Krieger-Bund die stärkste kameradschaftliche Vereinigung Deutschlands ist, diesen letzteren jedoch darin übertrifft, daß er auch im fernsten Auslande d. h. in sämtlichen Staaten Europas zahlreiche Mitglieder sein zeigen nennt, ist in 37 Gauen eingeteilt, deren stärkster der Gau 4 (Rheinland) ist. Dieser hielt gestern seinen Frühjahrs-Gaustag in dem Prachtbau der Duisburger Tonhalle ab, zu welchem über 200 rheinische Delegierte erschienen waren. Nach Erledigung der Verbands-Angelegenheiten und stattgehabtem Festessen fand ein Meigen-, Gruppen- und Einzelkunst-Fahren im großen Saale der Tonhalle statt, welches das Schöne, Interessante und Kunstvolle in so reichhaltiger Weise bot, daß das nach vielen Hunderten zählende Publikum aus den Bekanntschaften nicht herauskam. Unsere schneidigen rheinländischen Radler zeigten hier, daß das Radfahren nicht zum Vergnügen allein unter ihnen betrieben würde, sondern daß dasselbe auch geübt werde, um Geistesgegenwart, Auge, Herz und Kraft zu üben, ohne die vereint solch schwierige Evolutionen, wie die gebotenen, nicht auszuführen sind. Dr. Majestät dem deutschen Kaiser, als dem eifrigsten Protector des Radfahrer-Sports, wurde telegraphisch ein kräftiges „All Heil“ überliefert. Dem Meigen-Radfahrer-Berein, welcher fast vollständig beim Feste erschienen war, gelang es durch die schneidigen Beredtsamkeit seines bei den Augenoffenen allgemein beliebten Vorsitzenden, für das Anfangs-Mai hierseits projected Radfahrerfest, welches hauptsächlich in Saalfahren (Meigen-, Gruppen-, Einzelkunst-Fahren) und Preisrennen bestehen wird, derart zu interessieren, daß ausnahmslos die großen Vereine Colonia, Köln, Wuppertaler, Radfahrer-Berein Wannen, Elberfelder, Duisburger, Weiseler, Essener, Hagener, Düsseldorf, etc. Verein mit Handschlag sich zur Beteiligung verpflichteten. Ein kräftiges „All Heil“ und gutes Wetter, dem zwar kleinen, aber wackeren Vereine!

Düsseldorf, 27. Febr. In der jüngsten Sitzung der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller beschloß man, die Weltausstellung in Chicago, sowie die deutsch-nationale Ausstellung nicht zu besuchen.

Breitel, 28. Febr. Mit dem 1. April d. J. beginnt in der hiesigen Gemüßbaukultur ein neuer Lehrkursus, welcher sich auf zwei Jahre erstreckt wird, und wozu Kinder unmittelbarer Eltern und zwar hauptsächlich aus Arbeiterkreisen, Freizeiten erlangen können. Die Kinder müssen das 14. Lebensjahr erreicht, dürfen das 16. jedoch nicht überschritten haben. Die Schüler erhalten vollständig freie Wohnung und Verpflegung. Für Werkstätte dürfte diese Einrichtung von großem Interesse sein. Möge man nur recht Augen aus ihr ziehen.

Boberich, 28. Febr. Zum Neubau der hiesigen Marktkirche (romantischen Stils) ist es gelungen, einen Grundstein aus den Katastern von Rom zu erhalten und zwar durch Vermittelung des Monfign. de Maal, des Vectors von Deutsches Campo Santo. Der Stein ist von Marmor, ein Stück von einer Grabplatte, womit die Gräber in den Katastern geschlossen sind. Ein solch ehrenwürdiges Andenken aus der Grabstätte der ersten Christen in den Grundstein des neuen Gotteshauses legen zu können, geriet der Gemeinde zur Freude und zur Anerkennung, das Werk nach Kräften zu fördern. Unter Mitwirkung, Herr Stinshoff, wurde zum ersten Mal c. als Landrichter an das Landgericht nach Walle verlegt.

Bückerich, 1. März. Gestern brannte hierseits ein großer Bauernhof ab. Rinder, welche auf dem Hofe an einem Strohhause mit Hühnblöden spielten, haben das Feuer angezündet. Haus und Scheune, letztere mit allen Vorräten an Heu und Stroh, fielen den Flammen zum Opfer.

Colingen, 27. Febr. Ein größtenteils Unglück ereignete sich hier heute Nachmittag. Eine an Fallsticht leidende Amme bekam, während sie ein etwa 5 Monate altes Kind auf dem Arme trug, auf der Straße einen epileptischen Anfall und stürzte auf das Straßenpflaster nieder, in einem Augenblick, als ein Fuhrwerk vorüberfuhr. Um das Unglück voll zu machen, hatte sich der Führer des schweren Gefährts gerade auf kurze Zeit von demselben entfernt; Amme und Kind wurden überfahren; letzteres, unter der Amme liegend, erstickt und sofort getötet, während die Amme selbst mehrere nicht unbedeutende Verletzungen davontrug. Der leichnamige Fuhrer wurde sofort in Haft genommen.

Stadtverordneten-Sitzung. Neuf, 2. März. (Stadttratsitzung.) Anwesen waren unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Lilmann die Beigeordneten und Stadtverordneten Thywissen, Melchers und Werhahn, die Stadtverordneten Flemming, Foller, Frings, Hermkes, Hofstadt, Lönnes, Leuchtenberg, Reimann, Ricken, Rosellen, Toffelt und Wenders. Geschäftsbild waren die Stadtverordneten Busch, Linden und Meuter.

1) Stadtr. Ver. beschloß den Abschluß eines Vertrages mit dem Apotheker Dr. Kayser über die Errichtung einer Nahrungsmittel-Untersuchungsstation für das Stadtjahr 1891/92 gegen eine fixe Remuneration von sechshundert Mark.

2) — lehnt die Errichtung einer Natural-Verpflegungsstation ab, autorisiert dagegen den Bürgermeister, in geeigneten Fällen an durchreisende Personen Unterstellungen zu gewähren und auf unvorhergesehene Ausgaben anzuweisen.

3) — genehmigt das Bangeuch des Gerhard Faenger unter der Bedingung, daß derselbe sein Haus in der auf der Sandeichung des Geometers Deslars durch eine gelbe Linie angedeuteten Fluchtlinie errichtet und für die Erfüllung der in dem Ortsstatut vom 16. September 1877 bez. 3. März 1877 den Straßenanliegern auferlegten Bedingungen für den Fall der späteren Offenlegung der Straße eine Cautionshypothek auf sein Haus bestell;

4) — lehnt den Antrag des Capitans Segermann auf Ueberlassung einer Landungsstelle am Ertkanale ab.

5) — beschloß an Stelle der bisherigen Nachtwächter die Anstellung von 5 Schutzeuten mit einem Gehalte von je 900 Mark einschließlich Wohnungsgeldzuschuß, sowie einer Kleidergeld-Erstattung von 60 Mark pro Jahr gegen jederzeitige sechsmonatliche Kündigung. Das Gehalt derselben soll nach 5 Jahren um 50 Mark erhöht werden; der Zeitpunkt der Beförderung der neuen Stellen wird dem Bürgermeister anheimgestellt.

6) — beschloß, die Anstellungs-Bedingungen der Polizeibienen und Feldhüter dahin abzuändern, daß für die seit dem 1. April 1890 hierseits verbrachte Dienstzeit nach drei Jahren und nach sechs Jahren eine Erhöhung der persönlichen Zulage um je fünfzig Mark eintritt unter Voraussetzung besonders guter Führung.

(Eigener Bericht.)

Neuf, 2. März. „Schon wieder einmal“ rief dem Berichtshalter auf dem Markte ein Freund zu, als er mit der Papierrolle unter dem Arme zum Rathhaus seine Schritte lenkte. Ein gedehntes „Ja“, mehr einem Seufzer ähnlich, als dem Ausdrucke folger Zofalpatritismus, war die Antwort. Doch was geht dem Leser meine bekommenen Drück an, die ja bald erledigt wurde, als nach kurzer geheimer Beratung nur die Punkte 1, 3, 4 und 5 für die Denkschrift bestimmt wurden, während Punkt 6 gänzlich von der Tagesordnung abgesetzt wurde. Die Ueberbleibsel sollten dem Collegium im Geheimen beschäftigen. Die ursprüngliche Tagesordnung lautete:

1. Errichtung einer Nahrungsmittel-Untersuchungs-Station; 2. Reorganisation des Nachtwächter-Dienstes; 3. Errichtung einer Natural-Verpflegungsstation; 4. Bangeuch des Gerh. Fänger; 5. Antrag des Capitans Segermann auf Ueberlassung einer Landungsstelle; 6. Offerte betr. Ankauf einer Halle; 7. Neueingelung der Gehaltsverhältnisse der Polizeibeamten; 8. Antrag der Richter des Unterhauses Promenade Nr. 12 um Ermäßigung der Miete; 9. Vermietung einer Wohnung im alten Gymnasium; 10. Entschädigung des Todtengräbers Nijhuis für außerordentliche Arbeiten zur Froßzeit.

Das Collegium trat sofort in die Beratung der obengedachten Positionen ein und zwar zunächst mit Punkt 1. Errichtung einer Nahrungsmittel-Untersuchungs-Station.

Herr Bürgermeister führt zur Begründung dieser Neuerung an: Die Polizei komme oft in die Lage, Untersuchungen von Lebens- und Genussmitteln anstellen zu lassen. Die Liquidation über diese Untersuchung, die bald hier, bald dort gemacht würden, sei schwankend, im Durchschnitt werden 6 Mark für eine Untersuchung bezahlt. Bis jetzt habe man im Allgemeinen nur auf Anzeige hin Untersuchungen anstellen lassen, da man den Kostenpunkt für umfangreiche Untersuchungen gescheut habe. Es sei aber sehr unwirtschaftlich, daß dies in Zukunft geschehe, auch wenn keine Denunciation vorliege. Es sei dies besonders zum Schutze des kleinen Publikums, welches von den Händlern nicht so gut bedient werde, wie das wohlhabendere. Dazu komme, daß eine Anzahl Händler von Auswärts auf dem hiesigen Markte Waren feil hielten, für deren Beschaffenheit wenig Garantie vorliege, gewiß noch bedeutend weniger, wie bei hiesigen Händlern. Es empfehle sich nun, diese Untersuchungen in größerem Maßstabe betreiben zu können, feste Abmachungen in diesem Punkte zu treffen. Die Regierung empfehle auch solche Nahrungsmittel-Untersuchungs-Stationen wiederholt. Diese Anstalten aber, wie die Regierung sie vorziehe, beständen aus einem Chemiker, einem Arzte und einem Thierarzt. Ein also ausgestattetes Institut geniesse alsdann allerdings auch den Vortheil, daß ihm sämtliche Strafgebelber züschießen, welche infolge am Orte erfolgter Untersuchungen auf Grund des Nahrungsmittelgesetzes von den Gerichten verurteilt werden. Eine so große Einrichtung sei sehr kostspielig, für Neuf biete sich im Momente ein besonders günstiger Fall. Herr Dr. Kayser, Besitzer der Altes-Apothek an der Furcherstraße, ist im Besitze eines chemischen Laboratoriums, in dem solche Untersuchungen gemacht werden können. Der Herr sei bereit, gegen eine Remuneration von 600 Mark sämtliche ihm von der Polizei überwiesenen Untersuchungen auszuführen. Hierzu würden noch etwa 100 Mark Ausgaben kommen für den Ankauf der Proben, welche untersucht werden sollen. Die Einrichtung werde gewiß sehr wohlthätig wirken, denn die einzelnen bis jetzt gemachten Untersuchungen hätten den Verdacht nahe gelegt, daß Fälschungen in größerem Maßstabe vorkämen. Die Folge werde dann gewiß eine Abnahme solcher Fälschungen aufzuweisen haben. Vorherrscher erbittet deshalb vom Collegium die Ermächtigung, mit Herrn Dr. Kayser die betreffende Abmachung zu ordnen. In der nunmehr eröffneten Discussion erhält das Wort

Herr Ricken. Derselbe findet es erfreulich, daß Herr Kayser sich bereit erklärt habe, die Untersuchungen zu übernehmen. Sein Vorhaben gehe dahin, dem Herrn die Untersuchungen einzuweisen zu überweisen, oder noch keine bestimmte Abmachung zu treffen. Man könne ja erst einmal sehen, wie hoch die Sache sich beläuft. Er frage übrigens an, wie viel im verfloßenen Jahre zu diesem Zweck veranschlagt worden sei.

Herr Bürgermeister erwidert: Die Höhe der Ausgabe bemesse sich in dem jetzigen Stadium nach der Anzahl der angeordneten Untersuchungen. Der von ihm vorgeschlagene Weg bewege eine größere Ausdehnung der Untersuchungen und eine Verringerung des Kostenpunktes. Im vergangenen Jahre habe man nur 150 Mark ausgegeben. Jedenfalls würde man aber in Zukunft mehr als 100 Fälle, was der Summe von 600 Mark gleichkommt, in Untersuchung geben, um vor weiterer Fälschung und Betrug abzuwehren. Er sei übrigens auch einverstanden, wenn man im nächsten Etat eine Summe einsehen wolle, welche zur Deckung der durch die Untersuchungen entstehenden Unkosten dienen soll.

Herr Leuchtenberg sagt, in dieser Angelegenheit sei es an der Polizei, die Initiative zu ergreifen, um die Fälschungen an's Tageslicht zu bringen. Auf hiesigem Markte sei besonders die Butterfälschung mit Margarine sehr verbreitet. Man könne sich aber doch wohl erlauben, ob Städte von der Größe wie Neuf gleiche Einrichtungen haben und wie viel sie für den Zweck ausgeben.

Herr Bürgermeister antwortet: Andere Städte wie z. B. Greifeld, veranschlagten für solche Zwecke große Summen. Es sei für Neuf durch Herrn Kayser,

der ja in Essen die Nahrungsmittelstation geleitet habe, besonders günstige Gelegenheit geboten, für wenig Geld in Besitz einer dankbaren Institution zu gelangen. Er müsse dem Vorredner darin beipflichten, daß gerade in der Butterfälschung mit Margarine hier eine seltene Unverfälschung zu Tage trete.

Herr Flemming meint, keine Stadt wäre in der Lage wie Neuf, sich für 600 Mark eine solche Institution zu beschaffen. Wir seien mit dem Herrn Kayser in einer wirklich glücklichen Lage. Ein Versuch sei nicht notwendig. Man müsse direkt Abmachungen treffen, damit die Untersuchungen durch den Kostenpunkt nicht begrenzt und beschränkt würden.

Herr Frings ist nicht so eiliger Natur, er fragt an, wie man gerade auf die Summe von 600 Mark komme. Man habe ja gar keine Erfahrungen, wie hoch das Ganze überhaupt kommen werde. Er glaube, daß die Einstellung in den Etat von 300 Mk. einzuweisen dem Beharrnisse entsprechen würde.

Herr Bürgermeister sagt, Herr Dr. Kayser habe sich für die obengedachte Summe von 600 Mk. bereit erklärt, die Untersuchungen zu übernehmen. Erfahrungen könnten noch nicht vorliegen, da ja die Fälschungen bei den einzelnen Untersuchungen sich doch hellenden Kostenpunkt in Betracht ziehend, sich auf die Untersuchung der zur Anzeige gelangten Fälschungen beschränkt habe.

Herr Ricken will eben deshalb Erfahrungen gesammelt wissen. Die Polizei brauche sich keine Beschränkung aufzulegen, in ihrer Nachforschung liege es, die Untersuchungen in notwendig erscheinender Anzahl vornehmen zu lassen. Auch Herrn Kayser könne die Erfahrung nichts schaden, wenn er einen Ueber-schlag habe, müste er ja wo möglich sein Honorar noch erhöhen.

Herr Bürgermeister sagt, er habe die vorliegende wie verschiedene andere Positionen auf die heutige Tagesordnung zur Erledigung gestellt, damit man bei der jetzt bevorstehenden Feststellung des Etats damit bereits rechnen könne. Es sei demnach notwendig, eine bestimmte Summe anzusetzen.

Herr Ricken schlägt vor, alsdann wie Herr Frings beantragt, 300 Mark einzusetzen. Die Polizei sei ja nicht gebunden, was sie dafür verausgabe, müsse die Stadt ohnehin bezahlen. Man sei aber dann auch nicht von Seiten der Stadt gebunden, sondern könne später an Grund der gesammelten Erfahrungen eine Abmachung treffen.

Herr Lönnes schlägt sich den Ausführungen des Herrn Ricken vollständig an. Man sollte einzuweisen von Fall zu Fall die Untersuchungen überweisen und so am Ende sehen, was herauskommt.

Herr Flemming will wissen nicht, wozu man Erfahrung sammeln will. Hundert Untersuchungen, denen das feste Honorar gleichkomme, sei eine Kleinigkeit, die könnten an zwei Marktagen aufgetrieben werden. (Da wird sich Herr Dr. Kayser doch bekamen, etwa 50 Untersuchungen an einem Tage einlaufen zu sehen.) Wenn eine Summe ohne Abrechnung eingestellt werde, sei die Polizei begrenzt, so aber brauche sie sich keinen Zwang anzuhängen.

Herr Foller glaubt, die Institution finde ein dankbares Feld. Aus benachbarten Kreisen habe er erfahren, daß sich mit den Fleischwaren, die hierhin von auswärtig eingeführt würden, ein äußerst kurzer Proceß gemacht werde. Man gehe einfach zum Amte und sage, daß man ein Schwein z. nach Neuf auszuführen habe und erhalte so einen Gefundheitschein, in wirklich naiver Weise ausgestellt. So werde thätiglich verfahren.

Herr Ricken führt aus: Die Nothwendigkeit der Untersuchungen sei allgemein anerkannt. Es sei Recht und Pflicht der Polizei, dieselben anzuordnen. Aber man könne doch heute nicht über die Höhe der Position entscheiden. Die Polizei, das erkläre er noch einmal, sei durch die Festsetzung einer bestimmten Summe im Etat durchaus nicht gebunden. Lie zu diesem Zwecke verausgabten Gelder müßten ja bezahlt werden, auch wenn die Position nicht im Etat und auf der heutigen Tagesordnung stände.

Herr Bürgermeister verspricht sich von einer ausgedehnten Controlle der Lebensmittel nicht nur ein Klagen der Fälschungen und Betrügereien, sondern auch ein Vorbeugen derselben. Man werde Herrn Dr. Kayser übrigens nicht mehr Proben vorlegen, als es bei den vereinbarten Preis angemessen erscheine. Entweder solle man eine feste Summe bewilligen, wobei man sich keine Einschränkung aufzulegen habe, oder wenn man es nicht auf eine flüchtige Einrichtung abgesehen habe, so müßte man jedenfalls ein Jahr lang die Sache streng durchführen, um ein abschließendes Beispiel zu geben und zu dem Zwecke einmal eine hohe Summe bewilligen.

Herr Thywissen fragt an, ob die Fleischunter-suchungen mit in den Vertrag einbezogen seien. Herr Bürgermeister erwidert, dieselben seien zwar nicht besonders ausgenommen, aber dazu müße doch wohl ein Thierarzt hinzugezogen werden. Herr Thywissen führt aus, wenn die Einrichtung die hiesigen Händler und Metzger in ihrem Gewerbe mitschülte, indem sie die Einfuhr minderwerthigen Fleisches beschünde, wenn sie ferner die Käufer gegen schlechte Waaren sichere, so seien ihm 600 Mark für diesen Zweck nicht zu schade. Verhindern, daß auswärtige Händler hier zu Markte kämen, könnte man ja nicht, aber hiesige Gewerbetreibende und Käufer schützen, dazu sei man doch wohl verpflichtet.

Herr Bürgermeister sagt, für die Fleischwaren werde demnach eine besondere Einrichtung getroffen, in einer obligatorischen Fleischschau, welche auch die Regierung verlange. Die Sache solle aber wohl nicht auf den Chemiker sondern mehr auf den Thierarzt. Herr Thywissen erklärt sich mit der Fleischschau, welche die Käufer schütze einverstanden, man könne nun aber wohl gut die Nahrungsmitteluntersuchung zugleich mit dieser Fleischschau verhandeln.

Herr Bürgermeister erklärt, die letztere Sache wolle er doch bis zur obligatorischen Einführung aufschieben.

Herr Frings bringt nochmals seinen Antrag 300 Mark zum Gedächtnis in Anschlag zu bringen in Empfehlung. Wenn man voriges Jahr 150 Mark verbrauchte, so sei gewiß für das kommende Jahr 300 Mark, also das doppelte, angemessen. Auch empfehle sich der Antrag des Herrn Leuchtenberg, erst bei anderen Städten anfragen, die in gleichen Verhältnissen, wie Neuf sich befinden, ob und in wie weit sie für solche Zwecke Ausgaben machen. Es erfolgt nunmehr Abstimmung zuerst über den Antrag des Herrn Bürgermeisters (siehe amtl. Bericht). Derselbe wird mit Stimmengleichheit, wobei die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag gibt, angenommen. Die anderen Anträge Frings-Leuchtenberg sind damit erledigt. Nach dieser längeren Discussion zur Verhandlung des Punktes

III. Errichtung einer Natural-Verpflegungsstation.

Die Angelegenheit war in einer der letzten Stadtverordneten-Sitzungen der Armenverwaltung zur Prüfung überwiesen worden. Der Bericht derselben lag heute vor. Derselbe spricht sich, wie Vorsitzender vortrug, gegen die Anstalt aus, weil sie das Bagabunden-thum verhärtete und unserer Stadt zuleute. So seien die arbeitsscheuen Elemente in den Stand gesetzt, sich von einer Station zur andern fortzupflanzen.

Man habe früher able Erfahrung mit der Freigebigkeit gemacht. Damals erhielten Kräftekranken, die sonst nirgendwo Unterkunft fanden, hier zu Lasten der Stadt ihren Unterhalt im städtischen Hospital. Die Armen-Commission empfiehlt aber der Polizeiverwaltung einen Fonds zur Verfügung zu stellen, aus dem sie nothwendigerweise wirklich Unterhaltungsbedürftigen keine Verpflegungsgewährung könnte.

Vorherrscher will nicht mehr auf eine ausführliche Behandlung eingehen, es handle sich darum, ob die Stadt, die offenbar ja Nachtheile aus der Institution habe, sich Opfer auferlegen wolle zum Besten des allgemeinen Wohls. Wollte man nun aber der Polizeiverwaltung einen Unterhaltungs-Fonds zur Verfügung stellen, so solle man den direct geben, dann könne Niemand kommen und sagen, soviel habe ich erhalten und das müßt ihr ausgeben. Darauf wird die Errichtung einer besonderen Natural-Verpflegungsstation abgelehnt, dagegen der Polizeiverwaltung anheimgegeben, bedürftige Reisende mit entsprechender Unterstutzung zu versehen.

Dann gelangt zur Verhandlung Punkt:

IV. Bangeuch des Gerh. Fänger.

Es handelt sich um ein Bangeuch an einer bis jetzt noch nicht angelegten Straße, die im Stadtbebauungsplan den Namen Steingasse trägt. Das Bangeuch war auf Grund des Ortsstatuts vom Herrn Bürgermeister abgelehnt worden, nach welchem das Bauen an noch nicht angelegten Straßen verboten ist. Der Antragsteller hatte gegen diese Entscheidung an den Regierungspräsidenten Recurs ergriffen. Dieser hat den Herrn Bürgermeister über diese Sache zum Bericht aufgefordert mit der Anfrage, „ob im Stadtbauplan dort eine Straße beabsichtigt sei.“ Die Angelegenheit hat ihre Schwierigkeiten, so nämlich Häuser sind, muß die Stadt auch für Wegeanlagen, Entwässerung zc. aufkommen. Das Ortsstatut, an dem man festhalten müsse, erlaube solche Bauten an noch nicht ausgeführten Straßen nur unter gewissen schwierigen Bedingungen, daß nämlich der Erbauer einen befestigten Weg zur nützlich angelegten Straße bahne und für dessen Erhaltung aufkomme, ferner für die Entwässerung Sorge, und derselbe eine Caution stelle, daß er im Stande sei, dies später bei Offenlegung zu halten. Doch auch hier sei nach dem Ortsstatut eine Erleichterung in 2 Fällen möglich, einmal, was hier nicht der Fall, wenn es sich um ländliche Bauten handle, wo voraussichtlich keine städtischen Straßen angelegt würden, und zweitens wenn die vorhin gedachten Anlagen zu kostspielig seien, wie es hier wohl liege.

Vorherrscher glaubt nun doch, man habe es hier mit einem besonderen Fall zu thun. Der Antragsteller habe das Grundstück einmal gekauft. Zudem liege das zu erbauende Haus an der Verlängerung der Straße, in welcher zur Hälfte der Bau von Röschen und Breuer liege. Herr Fänger hat sich bereit erklärt, an Stelle der zu gewöhnlichen Erleichterungen, soviel mit dem Neubau einzuräumen, daß die Straße, von der jetzt die Hälfte durch Röschen und Breuer genommen sei, sofern man nicht an ein Abreißen des Hauses von Röschen und Breuer denke, auf die ursprüngliche beabsichtigte Breite von 36 Fuß gebracht werde. Unter diesen Umständen könne er das Bangeuch des Herrn Fänger befürworten, es werde so durch gültige Abmachung erledigt.

An der folgenden Debatte betheiligten sich die Herren Lönnes, Rosellen und Vorherrscher, der Aufklärung darüber ertheilt, daß der Bau Röschen und Breuer inmitten einer projectirten Straße liegt. Die Schuld trage wohl der alte mangelhafte Stadtbebauungsplan. Es gelangt alsdann zur Abstimmung, welche das Bangeuch wie folgt bewilligt. (Siehe amtl. Bericht.) Man schritt zum letzten öffentlichen Punkt.

V. Antrag des Capitans Segermann auf Ueberlassung einer Landungsstelle.

Herr Segermann beantragt unter denselben Bedingungen, wie früher, ihm eine Landungsstelle zu überlassen. Vorherrscher kann das Bangeuch nicht befürworten. Es handle sich um eine Schädigung des Ertkanals, welche offenkundig sei. Es seien mehrfache Ausbaggerungen dadurch erforderlich, da der Grund durch das Schiffen aufgewühlt werde. Früher habe schon einmal ein Proceß der angrenzenden Besitzer geschwebt, die Beschwerde führten, daß durch das Schiffen ihren Besitz schädigende Ufererfälle herbeigeführt würden. Damals sei die Klage abgewiesen worden, weil man an-nahm, aus dem ordnungsmäßigen Betriebe einer öffentlichen Verkehrsstraße, wie es der Ertkanal sei, könne kein Grund zu einer Privatklage hergeleitet werden. Es sei aber ein solcher Grund, daß dieser Betrieb, der die Ordnung störe, ordnungsgemäß sei. Jetzt, wo man an eine gründliche Correction des Ertkanals denke, dürfe dieses Hinderniß nicht mehr gebauet werden. Auf die Annehmlichkeit des Schiffchens müsse man nunmehr, wo bedeutende finanzielle Opfer damit verknüpft seien, absehen.

Die Versammlung lehnt darauf einstimmig das Bangeuch Segermanns ab.

Schluß der öffentlichen Sitzung kurz vor 6 Uhr.

aus der geheimen Sitzung erfahren wir zu Punkt II. Es wurde beschloffen, behufs Reorganisation des Nachtwächterdienstes, an Stelle der jetzt functionirenden 7 Nachtwächter 5 uniformirte Schutzeute mit einem Gehalt von 900 Mark und 60 Mark Kleidergeld anzustellen, was eine Mehrausgabe von 786 Mark gegen den bisherigen Zustand pro Jahr veranlasst. Ab Punkt VII. Neueingelung der Gehaltsverhältnisse der Polizeibeamten, wurde beschloffen, daß das bisherige Gehalt von 900 Mark pro Jahr weß 90 Mark Kleidergeld und 150 Mark Wohnungsent-schädigung beibehalten werde, dagegen die persönliche Zulage von jezt 100 Mark pro Jahr in Zukunft ab 1 April 1893 um 50 Mark und ab 1. April 1896 um 100 Mark erhöht werde für diejenigen Polizeibeamten, welche am 1. April 1890 im Dienst waren; die nach dem 1. April 1890 eingetretenen sollen diese Erhöhung erst nach 3 resp. 6jähriger Dienstzeit erhalten. Ab Punkt VIII. wurde den Benachbarten des Hinterhauses Promenade 12 ein einmaliger Mietes-nachschuß von 15 Mark bewilligt. Ab Punkt X. wurde dem Todtengräber für außerordentliche Arbeiten zur Froßzeit 100 Mark zubewilligt.

